

**HERAUSGEPICKT**

**Nicht nur für Kinder heikel**

«HarmoS ist nicht harmlos»: So lautet der Wahlspruch der Gegner der Harmonisierung der Volksschule. Offenbar wollen sie nun mit ihren Inseraten zeigen, wie sehr die Rechtschreibung bei einer Umsetzung von HarmoS leiden wird. In der jüngsten Ausgabe der «Surseer Woche» steht unter einem Inserat mit dem Konterfei der SVP-Nationalrätin Yvette Estermann: «... weil vier jährige im Strassenverkehr überfordert sind.» Zugegeben: Der Tippfehler ist harmlos und kommt nicht nur bei Vierjährigen oder 4-Jährigen vor. **ff**

**NACHRICHTEN**

**Berner Botschaft wird CIA-Zentrale**

**Bern** – Der US-Geheimdienst CIA will offenbar die US-Botschaft in Bern zu einer Koordinationszentrale für seine Verbindungsbüros auf dem europäischen Festland ausbauen. Dies schrieb gestern der «SonntagsBlick». Bisher sei die Tätigkeit des CIA in Europa von Stuttgart aus koordiniert worden. Der Tessiner FDP-Ständerat Dick Marty gab der Zeitung an, diese Pläne seien ihm bekannt. Diese seien für die Schweiz problematisch. (red)

**Werbebranche meldet Erfolg**

**Zürich** – Rund 300 Fälle pro Jahr beurteilt die Schweizerische Lauterkeitskommission. Die Organisation der Werbebranche überwacht Werben, Sponsoring und Marketing auf ihre Zulässigkeit. Wie sie gestern mitteilte, komme der Kommission präventive Wirkung zu: Oft hätten die Firmen Verständnis für die Einsprache und würden die Werbung von sich aus ändern oder einstellen. Die Lauterkeitskommission reagierte mit ihrer Mitteilung auf ein Nationalratsgeschäft von vergangener Woche. Der Nationalrat lehnte ein Verbot von «übersexualisierter und geschlechterdiskriminierender Werbung» ab. (red)

**Swissgrid**

**Strom wird noch viel teurer**



ap. Die Strompreise werden in der Schweiz in den nächsten Jahren massiv steigen. Der Präsident der nationalen Elektrizitätsgesellschaft Swissgrid, Hans E. Schweickardt (Bild), sagte der Zeitung «Sonntag»: «Die Schweizer Strompreise werden in den nächsten fünf Jahren um 50 bis 100 Prozent steigen.»

Auch im August 2009 müssten aller Voraussicht nach weitere Tarifierhöhungen für 2010 eingegeben werden. «Wenn die Haushalte ab 2014 ihren Stromlieferanten frei wählen können, werden die Strompreise wohl nochmals steigen: Denn auch hier wird es insbesondere für lokale Stromwerke einen erheblichen administrativen Mehraufwand geben», sagte Schweickardt. Die Strompreise wären wegen der global steigenden Energiepreise aber auch ohne Liberalisierung gestiegen, allerdings weniger stark. Der administrative Aufwand sei im liberalisierten Markt erheblich grösser.

**Gefahr, falls keine Preiserhöhung**

«Die Politiker dürfen jetzt nicht nervös werden und müssen die beschlossene Liberalisierung durchziehen», sagte Schweickardt. Die Forderung nach einer Sistierung des Stromversorgungsgesetzes könne er nicht nachvollziehen: «Die Stromtarife auf heutigem Niveau einzufrieren, wäre verheerend. Damit würde der Strombranche die finanzielle Grundlage entzogen.» Er wolle sein Amt als Swissgrid-Präsident aufgeben, sagte Schweickardt. Er ist auch Chef des Westschweizer Elektrizitätsunternehmens EOS. Höchstwahrscheinlich werde in den nächsten zwei Monaten informiert. Es gebe eine Liste mit möglichen unabhängigen Kandidaten für das Amt.

**Hochwasserschutz**

**Gelddämme gegen die Fluten**

**Der Bund müsse die fehlenden Millionen für Hochwasserschutz zahlen, fordert Ruedi Lustenberger. Längerfristig zum Beispiel aus CO<sub>2</sub>-Abgabe oder Klimarappen.**

VON EVA NOVAK, BERN

Das nächste Hochwasser kommt bestimmt, sind sich die Experten einig. Ebenso unbestritten ist, dass es hohe Investitionen braucht, um Menschen, Gebäude und Infrastrukturen im gewohnten Mass zu schützen und um zu verhindern, dass sich Hochwasser wie im August 2005 wiederholen. Sechs Menschen waren damals getötet worden, und die Fluten richteten Schaden von rund 3 Milliarden Franken an.

**Luzern steigt auf die Barrikaden**

Weil es dazu Schutzbauten braucht und diese viel Geld kosten, herrschte helle Aufregung, als sich vergangenen Frühsommer herausstellte, dass der Bund die für den Hochwasserschutz nötigen Mittel gar nicht budgetiert hat. Dies, obwohl er sich im neuen Finanzausgleich verpflichtet hat, von grösseren Projekten 35 Prozent zu bezahlen. Der Kanton Bern reagierte als Erster mit einer Standesinitiative gegen dieses «Grounding beim Hochwasserschutz», wie es Regierungsrätin Barbara Egger nannte.

Vergangene Woche folgte der Luzerner Kantonsrat. Ohne Gegenstimme wurde die Regierung beauftragt, ebenfalls mit einer Standesinitiative in Bern vorstellig zu werden. Heute doppelt der Luzerner CVP-Nationalrat Ruedi Lustenberger mit einer Motion nach, in der er vom Bund die 200 Millionen Franken fordert, welche für die Jahre 2010 und 2011 fehlen.

Der Vorstoss wurde von gut zwei Dutzend Parlamentariern von rechts bis links unterzeichnet, von SVP-Vizepräsident Adrian Amstutz über die Grüne Franziska Teuscher bis hin zur freisinnigen Fraktionschefin Gabi Huber aus Uri. Sie alle gehen wie Lustenberger davon aus, dass das nächste Hochwasser bestimmt kommt.

Interessant ist der letzte Satz der Motion: «Langfristig werden wir nicht darum herumkommen, die Finanzierungsfrage gründlich zu beurteilen und nach neuen Lösungen zu suchen», schreibt Lustenberger.

**Aus CO<sub>2</sub>-Abgabe finanzieren?**

Lösungen liefert der Luzerner vorerst keine. «Ich will zuerst schauen, welche Ideen der Bundesrat hat, wie man die zusätzlichen Mittel beschaffen kann»,

**«Ich will zuerst schauen, welche Ideen der Bundesrat hat.»**

RUEDI LUSTENBERGER, CVP-NATIONALRAT

sagt er. Was nicht heisst, dass er sich keine Gedanken dazu gemacht hätte. Unter Umständen, so Lustenberger, müsse man eine teilweise Zweckbindung der bestehenden Abgaben prüfen – sprich des Klimarappens auf Benzin oder der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Heizöl. Das wird insofern Sinn machen, als Versicherer wegen der Klimaverände-



Die Folgen der Unwetter vom August 2005 waren gravierend, wie dieses Bild einer Liegenschaft zwischen Alpnach und Sarnen zeigt. Doch jetzt fehlt dem Bund das Geld für die Unterstützung von Schutzbauten.

BILD DANIEL TISCHLER

Der Bund die für den Hochwasserschutz nötigen Mittel gar nicht budgetiert hat. Dies, obwohl er sich im neuen Finanzausgleich verpflichtet hat, von grösseren Projekten 35 Prozent zu bezahlen. Der Kanton Bern reagierte als Erster mit einer Standesinitiative gegen dieses «Grounding beim Hochwasserschutz», wie es Regierungsrätin Barbara Egger nannte. Vergangene Woche folgte der Luzerner Kantonsrat. Ohne Gegenstimme wurde die Regierung beauftragt, ebenfalls mit einer Standesinitiative in Bern vorstellig zu werden. Heute doppelt der Luzerner CVP-Nationalrat Ruedi Lustenberger mit einer Motion nach, in der er vom Bund die 200 Millionen Franken fordert, welche für die Jahre 2010 und 2011 fehlen.

Der Vorstoss wurde von gut zwei Dutzend Parlamentariern von rechts bis links unterzeichnet, von SVP-Vizepräsident Adrian Amstutz über die Grüne Franziska Teuscher bis hin zur freisinnigen Fraktionschefin Gabi Huber aus Uri. Sie alle gehen wie Lustenberger davon aus, dass das nächste Hochwasser bestimmt kommt.

Interessant ist der letzte Satz der Motion: «Langfristig werden wir nicht darum herumkommen, die Finanzierungsfrage gründlich zu beurteilen und nach neuen Lösungen zu suchen», schreibt Lustenberger.

**«Das können wir nicht alleine finanzieren»**

**Der Luzerner Nationalrat Ruedi Lustenberger verlangt vom Bund mehr Geld für den Hochwasserschutz. Was fordern Sie vom Bund?**

**Hans Matter\*:** Der Bund muss seine Beiträge, die er in der Finanzplanung aufführt, einhalten. Das vermischen wir im Moment, und darum stehen wir voll und ganz hinter Ruedi Lustenbergers Vorstoss.

**Was passiert, wenn der Bund die Gelder nicht zahlt?**

**Matter:** Dann kommen wir in grosse Schwierigkeiten mit unseren Vorstellungen, wie wir die Naturgefahren abwehren wollen. Und wir reden hier nicht von irgendwelchen Projekten, sondern von solchen, die erste Priorität haben aufgrund der Erfahrungen des Hochwassers vom August 2005.

**Der Kanton Obwalden will zum Beispiel die Sarneraa tieferlegen und ihr**

**mehr Abflusskapazitäten geben. Ist dieses Projekt gefährdet?**

**Matter:** Es geht bei uns nicht nur um das Projekt Sarneraa, sondern auch um alle anderen Projekte gegen Naturgefahren. Wir haben bis 2020 Investitionen von 245 Millionen Franken geplant. Das können wir nicht alleine finanzieren.

**Der Bund soll 35 Prozent zahlen?**

**Matter:** Wir rechnen mit mehr als 35 Prozent Bundesmitteln. Die 35 Prozent sind nur der Basisbeitrag. Aber wenn alle Bundesvorgaben eingehalten werden, zum Beispiel die ökologische Aufwertung, können es bis zu 45 Prozent Bundesmittel werden.

**Wird also auch der Kanton Obwalden beim Bund vorstellig?**

**Matter:** Mehrere Kantone haben bereits entsprechende Vorstösse eingebracht. Auch die Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz ist aktiv geworden. Und wir haben ein gutes Einvernehmen mit den Bundesparlamentariern aus unserem Kanton, die uns in Bern vertreten.

**EXPRESS**

- ▶ 200 Millionen Franken fehlen dem Bund für den Schutz vor Hochwasser.
- ▶ Nach den Kantonen machen nun auch Parlamentarier in Bern Druck.

**Die Zentralschweizer Kantone sind von Naturgefahren besonders betroffen. Spannen sie stärker zusammen?**

**Matter:** Ich denke, da müssen nicht nur die Zentralschweizer Kantone, sondern alle Kantone zusammenspannen. Das Hochwasser 2005 hatte weit über die Zentralschweiz hinaus schwere Schäden angerichtet. Und es betrifft nicht nur die Gebirgskantone: Auch die Kantone im Mittelland hatten grosse Probleme, als das Wasser weiterfloss und zum Beispiel der Bielersee und die Aare über die Ufer traten.

INTERVIEW FABIAN FELLMANN

**HINWEIS**

▶ \* Der CSP-Politiker Hans Matter (63) ist Obwaldner Baudirektor. ◀

**Strassenverkehr**

**Die Autonummern werden neu gestaltet**

**Sechs Ziffern haben gängige Autonummern. Aber das genügt nicht mehr. Jetzt wird ein neues Nummernschild geplant.**

ap. In der Schweiz sollen die Fahrzeughalter neue Autokennzeichen erhalten. Das Bundesamt für Strassen (Astra) will Anfang 2009 zusammen mit den kantonalen Strassenverkehrsämtern die Planung für ein neues Kontrollschild an die Hand nehmen, wie Bundesamtssprecher Frédéric Revaz ges-

tern zu einem Bericht der Zeitung «Sonntag» bestätigte.

Benötigt wird das neue Autokennzeichen, weil die Zahl der neu immatrikulierten Personenvagen weiter stark zugenommen hat. In Zürich neigt sich der Vorrat an sechsstelligen Autonummern dem Ende zu. Zwischen Januar und Juli dieses Jahres sind über 177 000 Fahrzeuge neu immatrikuliert worden, 4,5 Prozent mehr als in der entsprechenden Vorjahresperiode. Ins-



Für eine siebte Zahl fehlt der Platz.

BILD CHRIS ISELI

gesamt sind damit über vier Millionen Fahrzeuge in der Schweiz eingelöst.

Laut dem Astra-Sprecher gibt es noch keine Vorstellungen darüber, wie das neue Kennzeichen aussehen soll. «Wir sind noch nicht so weit», sagte er. In der Zeitung «Sonntag» wurde darüber spekuliert, dass möglicherweise die Kantonsbezeichnung wegfallen könnte, Buchstaben zwischen die Zahlen eingefügt oder kleinere Ziffern verwendet werden

könnten – oder dass gleich ein Schild wie in der EU verwendet würde. Bereits mit einem ähnlichen Problem konfrontiert wurde der Kanton Bern. Dort waren so viele Motorräder immatrikuliert, dass ebenfalls nach einem neuen Kennzeichen gesucht werden musste. Die Lösung fand sich darin, dass die Nummern verkleinert wurden, um so mehr Platz auf dem Kennzeichen zu schaffen.



Bonus: Mehr über die Schweizer und die europäischen Kennzeichen auf [www.zisch.ch/bonus](http://www.zisch.ch/bonus)